

Kiel, 22.03.2007

**Landtag
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn**

TOP 18 - Ausbau der Betreuung unter Dreijähriger (Drucksachen 16/1296 und 16/1315)

Astrid Höfs:

Bildung und Betreuung ist familienpolitische Aufgabe Nummer eins

Die Kleinkindbetreuung ist derzeit ganz stark in den Mittelpunkt gerückt – von allen viel beachtet, nicht nur von der Politik, natürlich auch von jungen Eltern. Es ist eigentlich sehr erfreulich, dass diese Diskussion endlich so ausdauernd geführt wird.

Kinder brauchen andere Kinder. Sie müssen Beziehungserfahrungen sammeln können, wenn sie sich optimal entwickeln sollen. Das Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) verpflichtet und fordert Kommunen zu einem Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren auf. Durch das Tagesbetreuungsbaugesetz, das am 1. Januar 2005 in Kraft getreten ist, sollen in Deutschland endlich **Angebote zur Kinderbetreuung in ausreichender Anzahl und in guter Qualität ausgebaut** werden. Bis zum Jahr 2010 sollen danach deutlich mehr Kinder mehr in Kindertageseinrichtungen von Tagesmüttern und hoffentlich auch von Tagesvätern betreut werden, und zwar so, dass der Bedarf der Eltern und Kinder gedeckt wird.

Dies ist eine der bedeutenden gesellschaftspolitischen Aufgaben unserer Zeit. Für uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen **ist der Ausbau von Bildung und Betreuung die familienpolitische Aufgabe Nummer eins**. Gute Kinderbetreuung und frühe Förderung ermöglichen Kindern echte Chancengleichheit in Bildung und Erziehung und ermöglichen den Eltern überhaupt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Viele Eltern wollen dies sehr gerne, können Familie und Beruf aber sozusagen nicht unter einen Hut bekommen, weil es einfach keine echte Wahlmöglichkeit für sie gibt. Ausreichend Betreuungsplätze sind nicht vorhanden. Wenn es um **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** geht, haben es Eltern in Deutschland schwerer als in anderen europäischen Ländern, obwohl die familienpolitischen Leistungen zu den

höchsten in Europa zählen. Ein gutes System öffentlicher Kinderbetreuung würde beiden Elternteilen eine Vollbeschäftigung ermöglichen, zu einer vermehrten Berufstätigkeit von Müttern führen und so auch der relativ großen Kinderarmut in Deutschland entgegen wirken.

Deswegen ist es sinnvoll, den Ausbau von Betreuungsplätzen bereits für unter Dreijährige voranzutreiben. Dies wird nur **in gemeinsamer Anstrengung von Bund, Ländern und Kommunen** gelingen. Denn in Fragen der Kinder- und Jugendhilfe haben alle – Bund, Länder und Kommunen – Kompetenzen durch das Grundgesetz. Alle Kräfte müssen für unsere Kinder gebündelt werden!

An dieser Stelle muss auch gesagt werden, dass Bundestag und Bundesregierung endlich Genaues über ihren finanziellen Beitrag zum Ausbau der Betreuungsplätze entscheiden und ein solides Finanzierungskonzept vorlegen müssen, damit wir alle an diesem Thema weiter vorankommen und unsere Ziele verwirklicht werden. Die **Kommunen sind hier bereits länger in der Pflicht**. Leider sind sie den Anforderungen bisher nicht angemessen oder gar nicht nachgekommen. Eigentlich hätten sie bereits längst nach dem Tagesbetreuungsausbaugesetz handeln müssen, hätten Krippenplätze und Betreuung durch Tagesmütter sicherstellen sollen.

Familienbildungsstätten haben schon vor Jahren damit begonnen, Tagesmütter für ihre Arbeit mit den Kleinkindern zu qualifizieren. Das ist gut so, denn mit dem Angebot an Kindertagesstätten, Krippen und Tagesmüttern geht es darum, Kindern und Eltern die besten Rahmenbedingungen zu schaffen.

Ich glaube, **vielen Gemeindevertretern ist die Bedeutung und Wichtigkeit der Kleinkindbetreuung noch gar nicht klar**. Fast nirgends in Deutschland bleiben so viele Drei- bis Fünfjährige tagsüber bei der Mutter wie in Schleswig-Holstein. Und die unter Dreijährigen sind fast alle zu Hause. Dort allerdings, wo inzwischen Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren angeboten werden, werden sie auch angenommen. Und sie sind nicht nur besetzt, es gibt sogar Wartelisten. Eltern und Erziehrinnen stellen immer wieder fest, **dass die Kinder in den Krippen wesentlich schnellere Entwicklungsschritte machen** als erwartet.

In anderen Bereichen suchen Eltern verzweifelt nach einer Betreuungsmöglichkeit für ihre Kinder. Schließlich wollen sie ihren Arbeitsplatz erhalten und ihre Kinder gut betreut wissen. Was das bedeutet, können wir uns alle vorstellen.

Wenn vor Ort nicht endlich gehandelt wird, müssen wir uns nicht wundern, wenn immer weniger Kinder geboren werden. Kinder sind unsere Zukunft. Sie sind die Zukunft unseres Landes. Dies wurde bereits

gestern in der Diskussion um die Änderung der Landesverfassung gesagt. Deshalb ist es auch unsere Pflicht, für sie Sorge zu tragen, damit sie in geeigneter Umgebung mit anderen Kindern aufwachsen, **durch frühzeitige Bildung und Förderung gute Zukunftschancen** für ihren Lebensweg erhalten.

Wir setzen uns für einen zügigen Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige ein. Es ist gut, wenn die Kommunen und Kreise endlich ihre neusten Planungen offen legen, der Landtag über die flächendeckende derzeitige Situation informiert ist. Und es ist auch gut, dass der Betreuungsbedarf jährlich fortgeschrieben werden soll; die Kinderzahlen sind ja keine feste Größe. Und ich hoffe, dass die jetzige Bestandsaufnahme bessere Ergebnisse als die vorige Umfrage aufweist.